

PRESSEDIENST

06.09.2018

Neuer Europäischer Tarifbericht des WSI

Löhne in Europa steigen real nur moderat – höhere Tarifbindung für „inklusives Wachstum“

Die Löhne in der EU steigen im Zuge der guten Konjunktur nominal wieder stärker. Doch weil gleichzeitig die Inflation von einem extrem niedrigen auf ein normales Niveau zurückgekehrt ist, bleibt davon in etlichen Ländern preisbereinigt nicht viel übrig. 2017 legten die realen Effektivlöhne im EU-Schnitt nur um 0,4 Prozent zu, in neun von 28 EU-Ländern sanken sie sogar. Im laufenden Jahr dürften die Reallöhne um durchschnittlich 1 Prozent steigen, leichte Verluste werden noch in Spanien und Kroatien erwartet (siehe auch die Tabelle im Anhang). Das zeigt der neue Europäische Tarifbericht, den das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt.* Deutschland liegt mit einem Reallohnzuwachs von 0,9 Prozent 2017 und prognostizierten 1,5 Prozent 2018 deutlich über dem europäischen Durchschnitt, angesichts des stabilen Aufschwungs und der relativ niedrigen Arbeitslosigkeit fallen die inflationsbereinigten Zuwächse aber auch hier moderat aus. Zudem ist der Niedriglohnsektor weiterhin groß, von soliden Zuwächsen bei den Tariflöhnen kommt im Niedriglohnbereich mangels Tarifbindung nur ein Teil an.

Um europaweit auf einen „nachhaltigen und inklusiven Wachstumspfad zu kommen und die Ungleichheit zu bekämpfen“, sei eine höhere Reichweite von Tarifverträgen unerlässlich, schreiben die WSI-Forscher Dr. Malte Lübker und Prof. Dr. Thorsten Schulten in ihrem Bericht. Im europäischen Vergleich ergibt sich dazu nach Analyse der Experten ein eindeutiger Befund: Länder mit geringer Lohnungleichheit – allen voran Schweden, Belgien, Finnland und Dänemark – erreichen dies durch eine hohe Tarifbindung und starke Zentralisierung der Tarifverhandlungen. Demgegenüber deutlich höher ist die Lohnungleichheit in den Ländern Osteuropas, wo vergleichbare Institutionen für kollektive Lohnverhandlungen fehlen. In Rumänien, Bulgarien und Lettland sind die Gehälter der Besserverdienenden mindestens viermal so hoch wie die der Geringverdiener, verglichen mit einem Faktor von 2,3 in Schweden. Deutschland lag im Jahr 2016 nach OECD-Angaben mit einem Wert von 3,3 im europäischen Mittelfeld.

„Die Lohnspreizung ist einer der wesentlichen Einflussfaktoren für die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit“, unterstreichen die Forscher. Sie verweisen zusätzlich auf Veränderungen in der Lohnquote. Besonders stark sank der Anteil der Lohneinkommen an den Gesamteinkommen unter anderem in Zypern, Finnland, Portugal oder Spanien, wo sich eine

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Anke Hassel
Wissenschaftliche Direktorin WSI
Telefon +49 211 7778-186
Telefax +49 211 7778-4186
anke-hassel@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
Telefax +49 211 7778-4150
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.wsi.de

Mischung aus Sparpolitik und politischer Deregulierung bei der Lohnfindung auswirkte.

Auch die Industrieländer-Organisation OECD und die Internationale Arbeitsorganisation ILO kamen kürzlich in einer gemeinsamen Studie zu dem Ergebnis: Starke Tarifvertragssysteme seien zentral für ein inklusives Wachstumsmodell. „Dabei sind es gerade die umverteilenden Wirkungen starker Tarifvertragsinstitutionen, die durch eine Erhöhung der Lohnquote und eine Reduzierung der Lohnspreizung eine inklusive Wirtschaftsentwicklung unterstützen können“, erklären die WSI-Experten Lübker und Schulten. Ein balanciertes Wachstum mit starker binnenwirtschaftlicher Komponente sei nicht nur mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa wichtig, betonen die Forscher: „Eine weitere Zunahme der europäischen Leistungsbilanzüberschüsse und eine damit einhergehende Abhängigkeit vom Weltmarkt ist angesichts der drohenden Handelskonflikte insbesondere mit den USA mit großen Risiken behaftet.“

Aktuell hält in zahlreichen europäischen Ländern die Lohnentwicklung mit der besseren Konjunktur und der anziehenden Inflation nur mühsam Schritt. Zwar prognostiziert die EU-Kommission, dass sich die nominalen Lohnzuwächse 2018 in 22 von 28 Staaten beschleunigen. Doch der neutrale Verteilungsspielraum, der sich aus der Summe von Inflation und Produktivitätszunahme ergibt, wird heuer in immerhin 12 Ländern nicht ausgeschöpft, so die WSI-Untersuchung. 2017 traf das sogar auf 17 EU-Staaten zu. Deutschland steht hier besser da: 2015 und 2016 war die Verteilungsbilanz zwischen Löhnen und Gewinnen aus Arbeitnehmersicht deutlich positiv, 2017 und wohl auch 2018 wird der Verteilungsspielraum ebenfalls ausgeschöpft.

Größer als in den meisten anderen nord- und westeuropäischen Staaten ist in der Bundesrepublik aber weiterhin der Abstand zwischen niedrigen und mittleren Löhnen. Darin spiegelt sich nach der WSI-Analyse „die trotz Einführung des Mindestlohns weiterhin große Bedeutung des Niedriglohnssektors in Deutschland wider“. Zu einem Niedriglohn arbeiteten 2016 nach OECD-Daten 18,9 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland – das ist nach Irland (22,5 Prozent) und Großbritannien (19,3 Prozent) der dritthöchste Wert in Westeuropa und deutlich mehr als beispielsweise in Finnland (7,1 Prozent) oder Belgien (4,6 Prozent).

*Malte Lübker, Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017/2018: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken. WSI Report 42, September 2018. Download:

https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_42_2018.pdf

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Thorsten Schulten

WSI, Experte für Europäische Tarifpolitik

WSI

Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftliches Institut

Tel.: 0211 / 77 78-239

E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211 / 77 78-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union, 2015-2018*

	Nominallöhne				Reallöhne				Verteilungsbilanz			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Nordeuropa												
Dänemark	1,8	1,3	1,3	2,2	1,5	1,3	0,3	1,3	1,4	0,9	-0,4	0,7
Finnland	1,4	1,3	-1,1	1,5	1,6	0,9	-1,9	0,2	1,3	-1,0	-3,4	-1,3
Schweden	2,7	2,8	2,1	2,7	2,0	1,6	0,2	0,7	-1,0	0,2	0,2	-0,2
Westeuropa												
Belgien	0,0	0,1	1,7	2,0	-0,6	-1,6	-0,5	0,5	-1,1	-1,9	-0,8	-0,1
Deutschland	2,7	2,2	2,6	3,1	2,5	1,8	0,9	1,5	1,7	1,2	0,2	0,2
Frankreich	0,9	1,0	1,8	2,3	0,8	0,7	0,7	0,6	-0,1	0,0	-0,2	-0,6
Großbritannien	1,1	3,3	2,9	2,9	1,0	2,6	0,2	0,4	0,4	2,1	-0,5	-0,6
Irland	2,1	2,0	2,9	2,5	2,2	2,3	2,7	1,7	-20,3	0,0	-3,1	-1,7
Luxemburg	3,0	0,7	2,8	2,6	3,0	0,7	0,7	1,1	2,7	0,7	1,7	1,0
Niederlande	-0,3	1,2	1,5	2,7	-0,5	1,1	0,2	1,2	-1,7	0,2	-1,0	0,5
Österreich	2,1	2,4	1,6	2,5	1,3	1,4	-0,6	0,4	0,8	1,2	-1,8	-0,9
Südeuropa												
Griechenland	-2,3	-0,9	0,1	0,8	-1,2	-0,9	-1,0	0,3	-0,2	-0,2	-0,3	0,1
Italien	1,0	0,3	0,3	2,1	0,9	0,3	-1,0	0,9	0,6	0,8	-1,7	0,3
Malta	5,1	2,9	1,1	3,4	3,9	2,0	-0,1	1,7	-1,8	0,6	-1,3	-0,1
Portugal	0,4	2,1	1,1	1,8	-0,1	1,4	-0,4	0,6	-0,5	1,5	0,1	0,3
Spanien	1,6	-0,3	0,1	1,1	2,3	0,0	-1,9	-0,3	2,0	-0,3	-2,1	-0,5
Zypern	-1,2	-0,7	0,7	1,4	0,3	0,5	0,1	0,6	-0,2	0,4	-0,4	-0,2
Osteuropa												
Bulgarien	5,6	5,8	7,5	7,6	6,8	7,2	6,3	5,7	3,5	3,7	4,6	3,1
Estland	3,3	5,9	5,4	6,5	3,3	5,0	1,7	3,4	4,4	3,3	-1,0	0,4
Kroatien	0,4	-0,2	-1,1	1,1	0,6	0,4	-2,4	-0,3	-0,5	-2,4	-3,0	-1,4
Lettland	7,7	6,8	7,9	7,8	7,5	6,7	4,9	5,0	6,0	4,2	1,1	2,2
Litauen	5,8	6,2	9,1	6,6	6,5	5,5	5,2	3,8	5,7	5,2	1,0	0,4
Polen	1,7	5,1	4,0	6,8	2,4	5,3	2,3	5,5	0,1	2,9	-0,9	2,1
Rumänien	1,9	10,1	16,0	8,7	2,3	11,3	14,7	4,3	-3,0	5,4	10,6	0,9
Slowakei	3,5	2,3	4,1	5,4	3,8	2,8	2,6	2,9	2,0	1,9	1,5	0,4
Slowenien	1,4	2,8	2,8	3,9	2,2	3,0	1,2	1,9	1,1	1,8	-0,9	-0,4
Tschechien	3,0	4,6	6,7	6,8	2,7	3,9	4,2	4,6	-1,1	2,7	1,5	2,1
Ungarn	-1,5	4,0	7,9	7,4	-1,6	3,5	5,4	5,0	-2,5	4,0	3,5	2,1
EU 28	1,3	1,8	2,1	2,8	1,3	1,5	0,4	1,0	0,2	0,8	-0,5	-0,2

* Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten. Angaben für 2018:

Prognose der Europäischen Kommission.